



**EINWOHNERGEMEINDE
RODERSDORF**

ORDENTLICHE EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

**Donnerstag, 5. Dezember 2019, 20.15 Uhr
Im Gemeindesaal**

Traktanden

1. Wahl der Stimmezählenden
 2. Kreditbewilligung Budget 2020 – Investitionsrechnung
Sanierung Wasserreservoir CHF 420'000
 3. Kreditbewilligung Budget 2020 – Erfolgsrechnung
Ausstattung Arbeitsplätze und sanfte Sanierung Verwaltungs-
räumlichkeiten CHF 45'000
 4. Genehmigung Stellenplanerhöhung Verwaltung
 5. Genehmigung Budget 2020
Beschlussfassung über die Deckung des Finanzierungsfehlbetrages
Beschlussfassung über Festsetzung der Gebühren, der Hundesteuer und des Steuerfusses 2020
 6. Informationen aus dem Gemeinderat
 7. Verschiedenes
-

Begrüssung

Gemeindepräsidentin Karin Kälin richtet ein paar Worte an die Teilnehmenden und heisst sie herzlich zur diesjährigen ordentlichen Winter- bzw. Budgetgemeindeversammlung willkommen. Im Spezielle begrüsst sie die neue Leiterin der Verwaltung Franziska Saladin Kapp, welche heute als Gast an der Gemeindeversammlung dabei ist. Ebenso werden Finanzverwalterin Silena Wellinger und Adrian Stocker, Gemeindeschreiber ad interim und Organisationsberater, vorgestellt.

Die heutige Gemeindeversammlung beinhaltet nebst der alljährlichen Budgetberatung einige Investitionskredite und eine Stellenplanerhöhung.

Eröffnung

Bedingungen zur Teilnahme bzw. auf die Stimmberechtigung:

Stimmberechtigt ist, wer folgende drei Bedingungen erfüllt:

- wer das 18. Lebensjahr vollendet hat
- das schweizerische Bürgerrecht besitzt
- und in Rodersdorf seine Schriften hinterlegt hat

Traktandenliste

Weiter stellt die Vorsitzende fest, dass die Einladung zur heutigen Einwohnergemeindeversammlung zusammen mit den Erläuterungen rechtzeitig zugestellt worden sind. Ebenfalls konnten die notwendigen Unterlagen auf der Gemeindeverwaltung während der vorgeschriebenen Auflagezeit eingesehen werden.

Beschluss

://: Die an alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde zugestellte Traktandenliste wird stillschweigend gutgeheissen.

Traktandum 1

Wahl der Stimmenzähler

Die Vorsitzende schlägt Peter Keller und Konrad Knüsel vor. Andere Vorschläge liegen nicht vor.

Beschluss

://: Die Genannten werden einstimmig gewählt.

Diese stellen anschliessend die Anzahl der Stimmberechtigten fest, wobei total 73 Anwesende gezählt werden. Nach Abzug von drei nicht stimmberechtigten Personen sind somit 70 Stimmberechtigte vertreten.

Traktandum 2

Kreditbewilligung Budget 2020 – Investitionsrechnung Sanierung Wasserreservoir

Bericht

Die Bausubstanz des Reservoirs Rodersdorf wurde im Frühling 2013 ausgiebig untersucht. Beim Stapelbehälter wurden ein Jahr später ebenfalls Betonuntersuchungen durchgeführt. Die Qualität der Betonsubstanz wurde bei beiden Anlagen als gut eingestuft. Die Kammerbeschichtungen wiesen in beiden Fällen Schädigungen auf, welche auf elektrochemische Prozesse rückführbar sind. Daraufhin wurden verschiedene Sanierungsmöglichkeiten ausgelotet und ein umfassender Sanierungsbericht ausgearbeitet. Darin hat sich ebenso gezeigt, dass diverse Anpassungen an den technischen Installationen im Gebäude notwendig sind, welche in der Sanierung der Anlagen berücksichtigt werden sollten.

Aufgrund der deutlichen Korrosionsschäden ist aus Sicht der Experten Sanierungsbedarf angezeigt. Verschiedene Varianten zum Schutz der Wasserkammer in Edelstahlauskleidungen oder Auskleidungen auf Kunststoffbasis wurden der mineralischen Beschichtungen gegenübergestellt. Aufgrund der langen Restnutzungsdauer des Wasserreservoirs ist die Sanierung mittels mineralischer Beschichtung unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit, Betriebsfreundlichkeit und verbleibenden Risiken zwischen der Wasserversorgung die beste Wahl.

Sanierungsmassnahmen und Kosten	
- Beschichtung	200'000.-
- Rohrleitungen / Armaturen	44'000.-
- Elektroarbeiten	12'000.-
- Baumeisterarbeiten	10'000.-
- Nebenarbeiten	6'000.-
- Kathodischer Korrosionsschutz	25'000.-
- Unvorhergesehenes 10%	<u>33'000.-</u>
Baukosten gesamt	330'000.-
- Honorare und Baunebenkosten	<u>60'000.-</u>
Projektkosten Total exkl. MwSt.	390'000.-
- MwSt.	<u>30'000.-</u>
Projektkosten Total inkl. MwSt.	420'000.-

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Investitionskredit in der Höhe von CHF 420'000.- für die Sanierung des Wasserreservoirs zu genehmigen.

Eintreten

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

Ergänzung

Gemeinderat Ueli Hauser führt ergänzend aus, dass das Wasserreservoir in die Jahre gekommen sei. Es sei im Jahr 1983 erstellt worden. Der Zahn der Zeit habe an der Bausubstanz genagt. Die Wasserkammern würden eine neue Beschichtung benötigen, damit die Betonsubstanz geschützt werden könne. Ebenso sollen weitere nötige technische Installationen vorgenommen werden. Fachpersonen haben das Reservoir ausgiebig untersucht. Verschiedene Varianten seien geprüft worden. Die Vorteile würden bei der mineralischen Beschichtung überwiegen.

Beratung

Keine Wortbegehren.

Beschluss

Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimme wird beschlossen:

://: Der Investitionskredit in der Höhe von CHF 420'000.- für die Sanierung des Wasserreservoirs wird genehmigt.

Traktandum 3

Kreditbewilligung Budget 2020 – Erfolgsrechnung Ausstattung Arbeitsplätze und sanfte Sanierung Verwaltungsräumlichkeiten

Bericht

Der Gemeinderat hat die enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde Metzerlen-Mariastein auf Verwaltungsebene gutgeheissen. Damit werden zwei neue Funktionen, die einer Leiterin Verwaltung sowie die eines Bauverwalters, geschaffen. Somit müssen zwei neue Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die Raumsituation in der Verwaltung spitzt sich dadurch zu, der Gemeinderat möchte jedoch die Raumfrage pragmatisch lösen und von kostenintensiven Investitionen absehen.

Nebst der Einrichtung von zwei neuen Arbeitsplätzen soll der längst fällige Bodenbelag erneuert werden und eine kleine Teeküche eingerichtet werden. Ebenso sind elektrotechnische Anpassungen und Ergänzung der Beleuchtung notwendig. Damit werden die Räumlichkeiten der Verwaltung auf den heutigen Standard angepasst.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Ausgaben in der Erfolgsrechnung in der Höhe von CHF 45'000.- für die sanfte Sanierung der Verwaltung zu genehmigen.

Eintreten

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

Ergänzung

Gemeinderätin Sonja Seeholzer führt ergänzend aus, dass die Verwaltung mit neuen Arbeitsplätzen ausgestattet werden müsse. Gleichzeitig solle eine sanfte Sanierung wie Ersatz der Bodenbeläge, elektrotechnische Anpassungen und Einbau einer Teeküche erfolgen.

Beratung

Andreas Caviezel erkundigt sich, ob der Gemeinderat an der freistehenden Postliegenschaft Interesse angemeldet habe, da diese für die Verwaltung optimal erscheine. Ja, so *Gemeinderätin Sonja Seeholzer*. Jedoch sei aber diese noch nicht verfügbar. Längerfristig wäre die ehemalige Poststelle durchaus vielversprechend. Der Gemeinderat bleibe am Ball.

Deshalb seien die vorgestellten Investitionen in der Verwaltung so ausgerichtet, dass sie für auch für einen zukünftigen anderen Nutzen dienen könnten, so *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* weiter.

Beschluss

Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimme wird beschlossen:

://: Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung in der Höhe von CHF 45'000.- für die sanfte Sanierung der Verwaltung werden genehmigt.

Traktandum 4

Genehmigung Stellenplanerhöhung Verwaltung

Bericht

Die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden der Verwaltung hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Neue Aufgaben sind dazu gekommen und der Trend der Aufgabenübertragung von der Miliz zur professionellen Verwaltung wurde eingeleitet. Mit der Installation einer professionellen Bauverwaltung werden zahlreiche Aufgaben neu in die Verwaltung integriert. Aber auch der übrige Arbeitsumfang der Verwaltung hat in den vergangenen Jahren zugenommen (eidgenössische und kantonale Statistiken, Baubereich, Internet etc.). Ebenso ist die steigende Komplexität (wie Rechnungslegung nach HRM2, Änderungen im Meldewesen etc.) spürbar, die die Verwaltung zeitlich belastet. Diese Mehrbelastungen sind in der Vergangenheit stets mit Überstunden durch die Verwaltungsmitarbeitenden sowie mit temporären Einsätzen überbrückt worden. Mit dem Wechsel in der Finanzverwaltung wurde an der EGV vom 14. Dezember 2017 eine Erhöhung der Stellenprozente von 220 auf 240% vorgenommen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Stellenplan 2020 der Verwaltung mit einer Erhöhung von 60 Stellenprozenten auf neu 300 Stellenprozente zu genehmigen.

Eintreten

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

Ergänzung

Gemeindepräsidentin Karin Kälin führt ergänzend aus, dass der Stellenplan der Aufgabenzunahme auf der Verwaltung um 60% erhöht werden solle. Die Festlegung des Stellenplans liege in der Kompetenz der Gemeindeversammlung.

Der Gemeinderat verfolgt neu die Personalpolitik, wichtige Schlüsselaufgaben auf verschiedene Personen zu verteilen, die Behörden von operativen Tätigkeiten zu entlasten und auf der Verwaltung funktionierende Stellvertretungslösungen einzuführen. Deshalb soll eine Erhöhung des Stellenplans von 60 Stellenprozenten erfolgen.

Die wichtigsten Gründe:

1. Mit der neuen Stelle der Verwaltungsleitung wird das Präsidium von Führungsaufgaben entlastet. Einerseits sind Mitarbeitende der Verwaltung neu der Verwaltungsleitung unterstellt und andererseits werden Koordinations- und Führungsprozesse neu durch die Verwaltung betreut.
2. Die Mitglieder des Gemeinderates werden auf operativer Ebene entlastet, in dem die Verwaltung Anträge und Korrespondenz im Bereich der Ressorttätigkeit übernimmt. Damit wird ein einheitlicher Auftritt gegen aussen und eine Qualitätssicherung nach innen gewährleistet.
3. In Zukunft sollen auch die kommunalen Kommissionen Dienstleistungen von der Verwaltung beziehen können. Einzelne Kommissionen haben bereits Bedarf angemeldet.
4. Das allgemeine Mengengerüst der Gemeinde hat schleichend zugenommen. Aufgaben, gemeindeeigene Infrastruktur sowie Einwohnerzahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Eine wesentliche Anpassung des Stellenplans in der Verwaltung ist nie erfolgt.

Mit der Verlagerung von Aufgaben auf die Verwaltung wird das Milizsystem gefördert und attraktiver gemacht. Die Belastung von Behörden- und Kommissionmitgliedern in einer kleinen Gemeinde ist gross. Die Freiwilligenarbeit und die Miliztätigkeit sind wichtige Stützen in unserem System. Sie sollen nicht beschnitten werden. Die Verwaltung soll dort unterstützend wirken, wo es Sinn macht. Die neugeschaffene Stelle soll als Assistenz für die verschiedenen Sachbereiche (Bau, Kanzlei und Finanzen) eingesetzt werden. Damit sollen die Sachbearbeitenden von weniger komplexen Aufgaben entlastet werden, was sich positiv auf die interne Kostenstruktur auswirkt. Ebenso werden die Belastung und die Stellvertretung innerhalb der Verwaltung besser verteilt werden.

Jedoch wird der Gemeinderat nicht die vollen Stellenprozente sofort beanspruchen. Es soll zu Beginn mit einer 40%-Stelle operiert werden. Die restlichen Stellenprozente dienen vorerst als Reserve.

Finanziell würde die Stellenerhöhung für 2020 im Personalaufwand höher ausfallen. Die Schaffung einer 40%-Stelle hätte faktisch eine Erhöhung der Personalkosten von rund CHF 30'000 pro Jahr zur Folge. Infolge internen Pensensverschiebungen und neuen Mitarbeitenden bleibt jedoch der Personalaufwand im Jahr 2020 unter dem Niveau von 2019.

In Rodersdorf ist eine aktive Miliztätigkeit zu verzeichnen. Nichtsdestotrotz soll eine Entlastung angestrebt werden, um die Ämter attraktiv zu behalten.

Beratung

Für *Hans Rudolf Schaad* sei die neue Funktion des Bauverwalters noch unklar. Was sei sein Aufgabengebiet, möchte er wissen. Weiter bedeute für ihn die Zusammenarbeit mit Metzzerlen-Mariastein eine kleine Fusion. Er sehe darin die Gefahr, dass deshalb hohe Kosten anfallen könnten.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin erläutert die Funktion des Bauverwalters. Dieser sei für 50% seines Pensums für Rodersdorf tätig. Wie das definitive Aufgabengebiet bzw. Pflichtenheft aussehen werde, sei noch unklar. Wie die Unterstützung für Kommissionen und Gemeinderat ausgelegt werde, seien Inhalte von noch zu führenden Gesprächen. Fakt sei, dass die Baukommission Entscheidungsbehörde bleiben werde. Gespräche mit der Baukommission seien am Laufen.

Andreas Caviezel kann nicht nachvollziehen, wie sich der Stellenplan zusammensetze. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* erklärt die Zusammensetzung. Wie die Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung geregelt werde, sei Sache des Gemeinderates. Jedoch sei die Höhe des Stellenplans in Kompetenz der Gemeindeversammlung. Durch die Erhöhung würde eine neue Stelle als Assistenz ausgeschrieben. Damit würden die «teuren» Mitarbeitenden entlastet werden, was stufengerechtes Arbeiten ermögliche. Der jetzige Stellenplan sehe auch eine Reserve von 20% vor.

Andreas Caviezel ist nach wie vor unklar, wie die Aufgabenteilung konkret aussehen solle. Wie gesagt, dass sei Sache des Gemeinderates, so *Gemeindepräsidentin Karin Kälin*.

Oliver Vögeli erkundigt sich, ob der diesjährige Stellenplan inklusive der neuen Leiterin sei. Selbstverständlich, so die Antwort von *Gemeindepräsidentin Karin Kälin*.

Andreas Caviezel interessiert sich, ob Adrian Stocker noch länger für die Verwaltung arbeiten werde? Nein, so die *Gemeindepräsidentin*. Adrian Stocker habe momentan ein Doppelmandat als interimistischer Gemeindegemeinschafter und als Gemeindeberater. Sobald die neue Leiterin und der Gemeinderat flügge seien, werde das Engagement von Adrian Stocker aufhören.

Andreas Caviezel stellt den Antrag, dass der Stellenplan um lediglich 40% statt 60% erhöht werden solle. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* erklärt, dass die Baukommission grosse Arbeitsmenge zu bewältigen habe. Das sei ein gutes Zeichen für die aktive Bautätigkeit im Dorf. Die Mitglieder der Kommission hätten aber schon vor längerer Zeit geäußert, dass sie Unterstützung benötigen würden. Deshalb sei die 20% Reserve vorgesehen.

Abstimmung

://: Antrag Caviezel: Der Stellenplan 2020 der Verwaltung mit einer Erhöhung von lediglich 40 Stellenprozenten auf neu 280 Stellenprozente wird mit drei Stimmen und grossem Gegenmehr abgelehnt.

Beschluss

Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimme wird beschlossen:

://: Der Stellenplan 2020 der Verwaltung wird mit einer Erhöhung von 60 Stellenprozenten auf neu 300 Stellenprozente genehmigt.

Traktandum 5

Genehmigung Budget 2020

Beschlussfassung über die Deckung des Finanzierungsfehlbetrages

Beschlussfassung über Festsetzung der Gebühren, der Hundesteuer und des Steuerfusses 2020

Bericht

Das Budget schliesst mit einem Aufwand von CHF 6'854'618 und einem Ertrag von CHF 6'446'357 ab. Die Aufwandseite bewegt sich analog den letzten Jahren auf gleichem Niveau. Es wird vermehrt wieder in den Unterhalt der Infrastruktur der Gemeinde investiert. Erfreulicherweise hält der Trend der höheren Steuereinnahmen weiter an.

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von CHF 1'365'932 und Einnahmen von CHF 300'000 aus. Einen wesentlichen Anteil daran haben laufende Strassen- und Leitungssanierungsprojekte sowie die Sanierung des Wasserreservoirs.

Unsere Gemeinde hat in den letzten fünf Jahren systematische Ertragsüberschüsse geschrieben (bei +/- ausgeglichener Budgetplanung). Nebst den ausgewiesenen Überschüssen konnten stets Abschreibungen über mindestens einen tiefen sechsstelligen Betrag getätigt werden.

Trotz Steuersenkung im Jahr 2014 von 130% auf 125% konnte stets ein Überschuss erzielt werden. Auf Empfehlung der Finanzkommission soll die Fremdverschuldung in den nächsten Jahren reduziert werden. Ein Augenmerk liegt dabei noch auf folgender Tatsache: Das alte Verwaltungsvermögen aus der Zeit von HRM1 wird linear über 10 Jahre seit Einführung von HRM2 abgeschrieben. Dies belastet die Gemeinderechnung bis 2025 mit jährlich rund CHF 463'098.20. Es wird hier also in Zukunft zu einem Entlastungseffekt kommen. Aus dieser

Sicht ist der absehbare Entlastungseffekt beim Aufwand ein Argument, in den kommenden Jahren eine Steuerentlastung vorzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, das Budget 2020 und die dazugehörigen Anträge zu genehmigen.

Eintreten

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

Ergänzung

Gemeinderätin Ingeborg Pesenti stellt das Budget 2020 anhand von Statistiken vor.

Auf der Aufwandseite bleiben die Bildungskosten stabil. Aufgrund des Verteilschlüssels des Zweckverbands Schulen Leimental führen Verschiebungen der Bevölkerungsstrukturen in den Verbandsgemeinden zu höheren Kosten für Rodersdorf. Eine nicht beeinflussbare Kostensteigerung sind bei Spitex und Sozialregion auszumachen.

Die Prognosen der Einkommenssteuern 2019 für natürliche Personen sind bereits heute positiv zu werten. Es wird erwartet, dass der Trend von guten Steuererträgen anhält.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 696'275 gegenüber CHF 744'840 im Budget 2019.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 113'305 gegenüber CHF 82'030 im Vorjahresbudget. Der Anstieg resultiert aus der Anschaffung eines Fahrzeugs der Feuerwehr Chall (Anteil Rodersdorf CHF 12'500) sowie der Renovation des Bodens im Zivilschutzkeller an der Werkhofstrasse (CHF 16'000).

2 Bildung

Der Nettoaufwand im Bereich Bildung ist veranschlagt auf CHF 2'693'473 gegenüber CHF 2'612'165 im Budget des Vorjahres. Darin sind Zusatzlektionen des Kindergartens Rodersdorf enthalten, welche gemäss Reglement durchgeführt werden. Ebenso sind diverse Anschaffungen für die Primarschule geplant, um den Bedürfnissen der Benutzer gerecht zu werden. Eine Wandtafel (CHF 6'000), Kleinmöbel (CHF 8'000) und Beamerhalterungen (CHF 7'000) sind für die Klassenzimmer vorgesehen. In der Cafeteria sind im Jahr 2020 diverse Arbeiten geplant, um den Bedürfnissen der verschiedenen Nutzer abzudecken. Einerseits soll ein grosser Wandschrank (CHF 11'000 Anschaffung Mobiliar) gekauft werden. Ausserdem wird der Boden in der Cafeteria eingebaut (CHF 9'000

- Unterhalt Hochbauten). Bei der periodischen Kontrolle der Turngeräte müssen einige Geräte erneuert werden. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf CHF 8'800.

3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 97'350 gegenüber CHF 137'600 im Vorjahresbudget. Das Budget im Vorjahr beinhaltete CHF 20'000 Beiträge an gestalterische Elemente Denkmalschutz (Pfarrhaus) diese Ausgaben waren einmalig und fallen aus diesem Grund im Budget 2020 nicht mehr an. Ebenfalls ausschlaggebend für das geringere Budget 2020 sind die einmaligen Aufwendungen für den Umbau des Spielplatzes im Dorf. Die Kosten für den dortigen Unterhalt sind deshalb um CHF 31'500 tiefer.

4 Gesundheit

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 270'290 gegenüber CHF 185'620 im Vorjahresbudget. Der Kanton wird nach neuem Verteilschlüssel die Pflegekostenbeiträge vollumfänglich an die Gemeinden übertragen. Bisher hat die Gemeinde 50% der Kosten selbst getragen. Zunahme der Kosten von CHF 60.80 auf CHF 120.60 pro Einwohner.

5 Soziale Sicherheit

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 1'082'483 gegenüber CHF 1'205'209 im Budget 2019. Umverteilung der Sozialkosten: Neu wird der Kanton die Kosten der EL IV vollumfänglich übernehmen und die Gemeinden entlasten. Gleichzeitig werden die Kosten der EL AHV nach Abzug des Bundesbeitrags vollständig den Gemeinden belastet.

6 Verkehr

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 353'680 gegenüber CHF 361'507 im Vorjahresbudget. Werkhof: Anschaffung Frontlader für Rigitrac (CHF 15'000). Die Aufwendungen des Unterhalts Strassen/Verkehrswege beinhalten Rissanierung/Asphaltierung (CHF 20'000), Sanierung eines Teilstücks der Mühlestrasse (CHF 20'000) sowie Schachtköpfe (CHF 15'000).

7 Umweltschutz und Raumordnung

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 108'315 gegenüber CHF 103'420 im Vorjahresbudget. Die Wasserrechnung weist einen budgetierten Ertragsüberschuss von CHF 30'250 aus. Im Budget der Abwasserrechnung resultiert ein Aufwandüberschuss in Höhe von CHF 35'255. Bei der Abfallbeseitigung wird ein Ertragsüberschuss von CHF 4'880 budgetiert.

8 Volkswirtschaft

Der budgetierte Nettoaufwand 2020 beträgt CHF 27'220 gegenüber CHF 20'400 im Vorjahresbudget. Der Anstieg resultiert aus dem Beitrag an die Waldwegsanierungen in Höhe von CHF 7'000.

9 Finanzen und Steuern

Der Steuerertrag natürlicher Personen wird für 2020 in der Höhe von CHF 4'900'000 budgetiert, basierend auf einem Gemeindesteuersatz von 125%. Rodersdorf wird im Jahr 2020 neu in den kantonalen Finanzausgleichsfonds CHF 91'900 einzahlen müssen. Die planmässige Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen beträgt CHF 518'005, die der Spezialfinanzierung Wasser CHF 67'690 und die der Spezialfinanzierung Abwasser CHF 2'740.

Erläuterungen zur Investitionsrechnung

Anlagekosten Zweckverband Schulen Leimental

Der Zweckverband Schulen Leimental (ZSL) hat für das Jahr 2020 folgende Investitionen budgetiert: Abdichtungssanierung inkl. Grabarbeiten bei der Turnhalle, Anschaffung neuer Stühle für Schülerinnen und Schüler, Malerarbeiten in den Gängen und Ersatz der Elektroverteilung. Der Gemeindeanteil für Rodersdorf beträgt CHF 63'432.

Kantonsstrasse: Metzlerlenstrasse

Die Strassensanierung wird vom Kanton bezahlt. Die Gemeinde trägt die Kosten für die Strassenbeleuchtung. Diese Kosten wurden mit CHF 110'000 budgetiert. Für den Ersatz der Wasserleitung der Metzlerlenstrasse ist ebenfalls die Gemeinde verantwortlich. Der Ausführungskredit wurde in der Einwohnergemeindeversammlung vom Dezember 2016 genehmigt. Die Kosten hierfür wurden mit CHF 205'000 ins Budget aufgenommen.

Dammstrasse

Die Planung für die Sanierung der Dammstrasse wird im 2020 vorangetrieben. Der bereits genehmigte Planungskredit wurde ins Budget 2020 übernommen. Dies sind Kosten in Höhe von CHF 15'000 (Gemeindestrasse), CHF 13'000 (Wasserversorgung) und CHF 5'000 (Abwasserversorgung).

Hofacker

Die Sanierung der Einfahrt Hofacker soll 2020 getätigt werden. Der genehmigte Kredit wird abzüglich der bisherigen Ausgaben vollumfänglich ins Budget 2020 aufgenommen. Die budgetierten Ausgaben belaufen sich auf CHF 129'500 (Gemeindestrasse), CHF 83'000 (Wasserversorgung) und CHF 232'000 (Abwasserversorgung).

Veloweg

Die Erstellung des Veloweges Bättwil-Leymen-Rodersdorf soll bis im Jahr 2021 umgesetzt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund CHF 988'000. Die Gemeinde Rodersdorf trägt einen Anteil von 12.75% der Gesamtkosten. Für die Umsetzung im Jahr 2020 wurden Ausgaben von CHF 60'000 budgetiert.

Ortsplanrevision

Die Revision der Nutzungsplanung geht in die Schlussphase. Der Ausführungskredit in der Höhe von CHF 120'000 wurde in der Einwohnergemeindeversammlung vom Dezember 2016 genehmigt. Für diverse Aufwendungen der Firma Gresch Partner werden für das Jahr 2020 noch CHF 25'000 budgetiert. Diese Kosten beinhalten Publikationen, Korrekturen in Dokumenten, das Behandeln von Einsprachen, sowie die Erstellung (Layout und Druck) der Dokumente.

Beratung

Andreas Caviezel erkundigt sich, wie der Finanzausgleich funktioniert. *Gemeinderätin Ingeborg Pesenti* erklärt in kurzen Worten: Zusammengefasst sei es ein solidarischer Beitrag an andere finanzschwächere Gemeinden.

Warum steigen die Kosten der Schule, wenn die effektiven Schülerzahlen von Rodersdorf abnehmen würden, fragt sich *Oliver Vögeli*. Grund sei der Kostenverteilungsschlüssel mit den beteiligten Gemeinden, so *Gemeinderat Christophe Grundschober*. Dieser setzte sich hälftig aus Einwohnerzahlen und hälftig aus Schülerzahlen zusammen. Je nach Situation der anderen Gemeinde gäbe es Verschiebungen in den Kosten, die nicht beeinflussbar seien.

Edgar Flükiger erkundigt sich, ob die Sonderschulen in den Kosten der ZSL inkludiert seien. Nein, diese seien separat, so *Gemeindepräsidentin Karin Kälin*.

Hans Rudolf Schaad möchte wissen, was es mit der Anschaffung der Motorspritze der Feuerwehr auf sich habe. *Vizepräsident Roland Matthes* erklärt, dass es sich dabei um den Anteil von Rodersdorf für den Ersatz des defekten Geräts handle. Dieses habe den Zweck, den Wassertransport bei Löscharbeiten sicherzustellen.

Beschluss

Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird beschlossen:

1. Die Grundgebühr Wasser von CHF -.60 / m² ZGF wird genehmigt.

Mit grossem Mehr und einer Gegenstimme wird beschlossen:

2. Die Verbrauchsgebühr Wasser von CHF 3.25 / m³ wird genehmigt.

Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird beschlossen:

3. Die Grundgebühr Abwasser von CHF -.50 / m² ZGF wird genehmigt.

Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird beschlossen:

4. Die Verbrauchsgebühr Abwasser von CHF 1.90 / m³ wird genehmigt.

Mit grossem Mehr und vier Gegenstimmen wird beschlossen:

5. Die Kehrrechtgebühr für Haushalte von CHF 80.- / Haushalt und für den Familiengärtnerverein von CHF 60.-- / Familiengartenparzelle werden genehmigt.

Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird beschlossen:

6. Die Miete der Wasseruhren werden wie folgt festgelegt:

Normaluhren	unverändert: CHF 15.--
Spezialuhren	unverändert: CHF 30.--
Spezialuhr FGV	unverändert: CHF 100.-- (Familiengärtnerverein)

Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimmen wird beschlossen:

7. Die Hundesteuer wird wie folgt festgelegt:

1. Hund	unverändert: CHF 120.--
2. Hund und ff.	unverändert: CHF 150.-- / pro Hund

Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird beschlossen:

8. Die Feuerwehersatzabgabe 2020 wird wie folgt festgelegt:

Steuerfuss	unverändert: 10% der einfachen Staatssteuer
------------	---

Antrag Edgar Flükiger auf Festlegung des Steuerfusses auf 120%:

Edgar Flükiger begründet seinen Antrag damit, dass die Finanzlage der Gemeinde aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals gut sei. Auch die zukünftigen Entwicklungen seien gut. Insbesondere aufgrund der Abschreibungsmethodik von HRM1, die Altersentwicklung in Bezug auf den stabilen Steuererträgen und den kommenden Sonder-Erträge. Im Vergleich mit den Gemeinden in der Regio sei der jetzige Steuerfuss zu hoch. Eine Reduzierung hätte eine nicht unwesentliche Attraktivität der Gemeinde bzw. nicht zu unterschätzende Standortvorteile bei möglichen Neuzuzüglern. Da die Rechnungslegung dank HRM2 transparent und der Finanzhaushalt mehr als nur gesund sei, könne dieser Antrag nicht nur als einseitiges „politische Interesse“ abgetan werden.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin fügt an, dass Anträge vor der Schlussabstimmung erfolgen müssten. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* erklärt, dass die Höhe des Steuerfusses bereits im Budgetprozess ein Thema gewesen sei. Die Finanzkommission äusserte dazu Hinweise und Empfehlungen zu Handen des Gemeinderates: Die Fremdverschuldung sei abzubauen, da einerseits ein grosser Investitionsstau vorhanden sei und anderes da während guter Finanzlage Rückzahlungen erfolgen sollen um die Schuldenlast zu verringern. Weiter führt *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* aus, dass noch hohe Abschreibungen des alten Verwaltungsvermögens gemäss HRM1 die Gemeinde stark belaste. Würden diese nach sieben Jahren wegfallen, sehe die Situation der Finanzlage anders aus. Die Planbarkeit betreffend Transparenz der Rechnungslegung sei noch nicht gegeben. Ungewiss seien ebenso die neuen Steuerreformen, welche auch für die Gemeinden eine Auswirkung haben werden. Diese würden für die Gemeinden grosse Herausforderungen bedeuten. Eine Reduktion von 5% bedeute ein zusätzlicher Aufwand von CHF 176'000, was einen Aufwandsüberschuss von CHF 582'261 zur Folge hätte.

Gemeinderätin Ingeborg Pesenti kann die Begründung nachvollziehen, dass Rodersdorf mit einem tieferen Steuersatz für Neuzuzüger an Attraktivität gewinne. Eine Reduktion hätte aber vielschichtige Auswirkungen: positive wie auch negative.

Für *Wilhelm Schaad* schrecke ein hoher Steuerfuss tendenziell ab. Er sei der Meinung, dass lieber die Sparschere anzusetzen sei, damit ein tieferer Steuerfuss realisiert werden könnte. Dieser würde neue Einwohner anlocken.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin gibt zu bedenken, dass eine Studie besage, dass bei der Wahl einer zukünftigen Wohngemeinde der Steuersatz nicht so wichtig sei. Faktoren wie Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Kosten des Bau-lands werden stärker gewichtet.

Urs Jeker verweist auf die Statistik der umliegenden Gemeinden hinsichtlich Steuerfuss. Ein tiefer Steuersatz sei nicht matchentscheidend. Für ihn gelte der gemeinschaftliche Ansatz. Deshalb sei er gegen eine Reduktion.

Reinhard Zell korrigiert seinen Vorredner, da nicht die aktuellen Steuersätze verkündet worden sei und präzisiert entsprechend.

Die Thematik um den Steuerfuss komme alle Jahre wieder, so *Max Eichenberger*. Er verweist auf den Umstand, dass in der Vergangenheit eine langfristige Planung eine schwarze Null ergeben habe. Als Folge seien gute Ergebnisse

geschrieben worden. Jetzt sei ein grosse Aufwandsüberschuss budgetiert, was zukünftig negative Rechnungen ergeben werden. Er teilt zum Teil die Ansichten des Antragsstellers. Aber die Überalterung von Rodersdorf würde bedeuten, dass neue Familien nachziehen, was zwar schön sei, aber die erfahrungsgemäss keine allzu grosse Steuerkraft hätten. Rodersdorf sei insbesondere für neue jüngere Familien attraktiv, diese würden jedoch auch grosse Bildungskosten verursachen. Im Übrigen bedeute die neue Rechnungslegung nicht mehr Transparenz für die Einwohnerschaft - sondern lediglich für Geldgeber und den Kanton.

Edgar Flükiger teilt das Argument der Überalterung zwar - unterstreicht jedoch nochmals die Gründe für eine Reduktion.

Andreas Caviezel erkundigt sich, warum der Steuersatz für juristische und natürliche Personen gleich hoch sei. Dies sei doch nicht wirtschaftsfreundlich. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* erklärt, dass in der Gemeinde rund 60 Einzelunternehmen und hingegen sehr wenige juristische Personen angemeldet seien. Deshalb sei der Steuerfuss für juristische Personen für die Gemeinde kaum relevant.

Antrag Sergio Pesenti auf Festlegung des Steuerfusses auf 115%

Sergio Pesenti stellt Antrag auf Reduktion des Steuerfusses um 10%. Verschiedene Gründe würden dafürsprechen. Einen Vergleich zwischen Gemeinden sollte eher mit basellandschaftlichen Gemeinden und nicht mit solothurnischen angestellt werden. Diese seien für Neuzuzüger relevanter. Ebenso seien grosse Flüssige Mittel vorhanden. Die Gemeinde könne sich dies leisten.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin erwähnt, dass die Vergleichbarkeit der Steuersätze äusserst schwierig sei und mahnt deshalb zur Vorsicht. Insbesondere mit Gemeinden aus dem Baselland sei dies infolge der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden äusserst heikel. Die Methodik und Abhängigkeit zwischen hohen Steuern versus günstige Bodenpreise sei knifflig. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* verweist auf den grosser Investitionsstau, der sich nur langsam löse. Dafür werden Finanzmittel benötigt.

Edgar Flükiger stellt den Vergleich mit der Gemeinde Biel-Benken an.

Max Eichenberger nimmt Bezug auf das Votum von Sergio Pesenti und gibt zu bedenken, dass mit dieser Finanzpolitik kaum mehr die nötige Amortisation der Fremdverschuldung erfolgen könne. Die Folge: spätere Generationen würden dafür bestraft werden.

Veronique Hilfiker als Mitglied der Finanzkommission informiert, dass der Steuerfuss ein stetiges Thema in der Finanzkommission sei. Grundsätzlich gelte der Grundsatz eines niedrigen Steuersatzes – sprich, die Gemeinde dürfe nicht Steuern auf Vorrat eintreiben. Die Kommission sei sich einig, dass aufgrund der Liquidation resp. Hinsichtlich der Verschuldung und der Verzinsung eine Steuerreduktion nicht gegeben sei. Die Lage des Finanzhaushalts sei zwar gut – jedoch auch nicht wieder so gut. Die Finanzplanung zeige auf, dass die guten Zahlen nicht fortgeschrieben werden können. Faktoren und Kennzahlen wie pro Kopfverschuldung etc. würden gegen eine Reduktion des Steuerfusses sprechen. Eine Senkung zum jetzigen Zeitpunkt sei daher nicht gegeben. Die Empfehlung der Finanzkommission laute deshalb: Beibehaltung des Steuerfusses.

Nach Meinung von *Sergio Pesenti* sei die Finanzierung der künftigen Investitionen gesichert.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin verweist auf den Umstand, dass mit dem Bau des Schulhauses viele Investitionen verschoben worden sind. Der Unterhalt der eigenen Infrastruktur sei wichtig. Viele Projekte seien in der Pipeline. Der Handlungsspielraum für die Finanzierung der Vorhaben müsse gewährt werden.

Veronique Hilfiker äussert, dass mittelfristig die Fremdverschuldung abgebaut werden sollte. Darlehensrückzahlungen seien notwendig. Dies könne kaum mit einer Steuersenkung und damit resultierenden Aufwandsüberschüssen realisiert werden.

Antrag Christian Stehli auf Festlegung des Steuerfusses auf 118%

Christian Stehli äussert sich klar für eine Steuersenkung. Es sei in der Vergangenheit gut gewirtschaftet worden, die Kosten seien im Griff und die Gemeinde habe eine gute Infrastruktur. Aber im Vergleich zu den Nachbargemeinden sei der Steuerfuss zu hoch. Ein Wachstum der Einwohner stehe an - somit würden auch neue Steuerzahler zuziehen. Mit den Zuzügen könne eine Steuerfussreduzierung aufgefangen werden. Deshalb sein Antrag auf eine Steuersenkung von 7%.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin verweist nochmals auf die philosophische Frage betreffend Steuersatz. Viele verschiedene Faktoren seien davon abhängig. Der Gemeinderat spreche sich eher tendenziell für langsame Schritte zur Reduktion des Steuerfusses aus. Er halte sich an die Empfehlung der Finanzkommission. Der Gemeinderat möchte haushälterisch mit den Finanzen umgehen.

Dominik Meyer spricht sich für eine 5-prozentige Reduktion aus. Viele Einsparungen seien durch seriöse Strassenprojekte realisierbar und äussert sich zu einigen laufenden Projekten.

Heinz Rüegger will die Meinungen der Vorredner nicht mindern. Er verweist jedoch auf die Haltung der Finanzkommission, welche aus Fachleuten bestehe. Die Empfehlung deute klar auf Beibehaltung. Er habe Vertrauen auf die Modellrechnungen und plädiert auf den Verzicht einer Steuersenkung.

Reinhard Zell erkundigt sich, wie andere Gemeinden mit niedrigem Steuerfuss die so handhaben. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* verweist auf den Umstand, dass Vergleiche sehr schwierig seien. Die Investitionszyklen der Gemeinden seien unterschiedlich. Ebenso die demographische Entwicklung sowie die unterschiedliche Steuerkraft.

Max Eichenberger bestätigt, dass Vergleiche sehr heikel seien. Rodersdorf weise momentan einen grossen Abschreibungsbedarf infolge Bau der Turnhalle auf. Infolge der anstehenden Investitionen werde sich die Abschreibungen entsprechend entwickeln. Deshalb sei mit der Reduktion noch zu warten. Und wie gesagt, sei der Steuersatz für juristische Personen nicht relevant für Gemeinde.

Andreas Caviezel sieht das anders und teilt die Meinung nicht, dass der Steuerfuss für juristische Personen nicht relevant für Gemeinde sei. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* verweist auf die geografische Lage der Gemeinde. Rodersdorf wäre kaum ein interessanter Standort für grosse Firmen.

Hans Rudolf Schaad hat Schwierigkeiten abzuwägen, welche Konsequenzen eine Steuersenkung habe. Er könne nicht einschätzen, wie das laufende Jahr verläuft.

Gemeindepräsidentin Karin Kälin erklärt den Budgetprozess. In der Tat sei der Überblick des Steuerertrages des laufenden Jahres schwierig zu interpretieren.

Da sich die Diskussionen dem Ende neigen, fasst die Vorsitzende zusammen, dass drei verschiedene Anträge betreffend Steuersenkung eingegangen seien. Sie erklärt das anstehende Wahlprozedere und wünscht zur Klärung eine kurze Unterbrechung der Versammlung. Aufgrund diverser Rückmeldungen aus dem Plenum soll die Abstimmung ohne Unterbrechung vollzogen werden.

Die Vorsitzende erkundigt sich bei den Antragsstellern, ob gegebenenfalls ein Antrag zurückgezogen werde, bevor es zur Abstimmung komme.

://: Christian Stehli zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmungsvorgang

Gegenüberstellung der Anträge Flükiger (120%) vs Pesenti (115%)

://: Mit 36 Stimmen für den Antrag Flükiger gegen vier Stimmen für den Antrag Pesenti obsiegt der Antrag Flükiger.

Gegenüberstellung der Anträge Flükiger (120%) vs Gemeinderat (125%)

://: Mit 38 Stimmen für den Antrag Flükiger gegen 27 Stimmen für den Antrag des Gemeinderates obsiegt der Antrag Flükiger.

Mit grossem Mehr und 12 Gegenstimmen wird beschlossen:

9. Der Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2020 wird wie folgt festgelegt:
Steuerfuss neu 120% der einfachen Staatssteuer

Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimmen wird beschlossen:

10. Das Budget 2020 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 582'261 wird genehmigt.

Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimmen wird beschlossen:

11. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget durch die Aufnahme von Fremdmitteln / Darlehen zu decken.

Traktandum 6

Informationen aus dem Gemeinderat

Investitions- und Finanzplan

Gemeinderätin Ingeborg Pesenti informiert, dass ein Finanzplan ein Planungsinstrument sei, das die kurz- und mittelfristige finanzielle Lage der Gemeinde aufzeige. Er weise die mittelfristige Abstimmung von Aufwand und Ertrag aus, zeige geplante, künftige Investitionsvorhaben und diene so als Entscheidungshilfe. Infolge der Entwicklungen infolge des reduzierten Steuerfusses sei die Interpretierung zum jetzigen Zeitpunkt fast obsolet.

Stand Ortsplanungsrevision

Gemeinderätin Ingeborg Pesenti erklärt den 2-jährigen Prozess. Aufgrund des Auftrags des Kantons wurde an der Ortsplanungsrevision basierend auf dem Räumlichen Leitbild weitergearbeitet. Viele Aspekte wie Dorfbild, soziale Strukturen, Landschaftsschutz etc. seien darin enthalten. Die Ortsplanungsrevision liege nun beim Gemeinderat. Dieser lade zu öffentlichen Veranstaltung ein. Die Anregungen der Einwohnerschaft seien anlässlich der Informationsveranstaltung erwünscht. Sie ruft zum aktiven Mitwirken auf.

Neue Öffnungszeiten der Verwaltung ab 01.01.2020

Gemeindepräsidentin Karin Kälin orientiert über neue Schalteröffnungszeiten der Verwaltung, welche aufgrund Rückmeldungen den Kundenbedürfnissen angepasst worden sind. Neu werde der Schalter an einem frühen Morgen- bzw. späten Abendtermin offen sein. Gleichzeitig werden - infolge der kommenden Zusammenarbeit mit der Gemeinde Metzerlen-Mariastein - die Schalteröffnungszeiten so angepasst, dass sich die Schalteröffnungszeiten der beiden Gemeinden nicht überschneiden würden. So werde ermöglicht, dass Mitarbeitende in beiden Gemeinden den jeweiligen Schalter übernehmen könnten.

Ab 01.01.2020 gelten folgende Schalteröffnungszeiten:

Dienstag	07.30 – 11.00 Uhr
Mittwoch	14.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag	17.30 – 19.00 Uhr

Unverändert bleiben die Schalter während sieben Stunden in der Woche offen. Nach wie vor gelte: Es können auch Termine ausserhalb der ordentlichen Schalteröffnungszeiten vereinbart werden. Täglich von 9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.30 Uhr bleiben die Verwaltungsmitarbeitenden telefonisch erreichbar.

«Interner» Software-Wechsel auf Infoma newsystem

Gemeindepräsidentin Karin Kälin informiert, dass seit vielen Jahren die Gemeinde die Informatik-Dienste der RUF Informatik AG beziehe. Von Jahr zu Jahr

seien die Dienstleistungen schlechter geworden: Die vielen Ausfälle, der mangelnde Support oder die veraltete IT-Struktur des Anbieters haben uns dazu bewogen, einen Wechsel zu prüfen.

In der Zwischenzeit wurde die RUF Informatik AG von der Firma VINCI Energies übernommen, zu welcher ebenfalls die Informatikfirma Axians IT&T gehört. Dies hat für die Kunden der RUF Informatik AG zur Folge, dass ein direkter Zugang zum umfassenden Produktportfolio der Axians IT&T besteht. Der Gemeinderat hat entschieden, die neue Software ab 2020 einzusetzen. Der IT-Wechsel wird zusammen mit Rodersdorf bewältigt. Auch die finanzielle Seite stimmt. Nebst massiv günstigeren jährlichen Betriebsgebühren (rund 30% günstiger) werden praktisch keine Investitionskosten nötig sein.

Veloweg

Gemeindepräsidentin Karin Kälin informiert, dass am 12.12.2019 der Entscheid über die Finanzierung für den Bau des Veloweges durch Interreg in Strassbourg gefällt werde. Das Projekt werde von Frankreich ausgeführt, was für Rodersdorf eine gute Sache sei.

Stand Bahnhofplatz / Dammstrasse / Stockackerstrasse

Gemeindepräsidentin Karin Kälin informiert über die neue Aufgleisung des Projekts.

Stand Metzlerlenstrasse

Gemeindepräsidentin Karin Kälin informiert über das Projekt, welches vom Kanton nun weitergetrieben wurde. Dies sei zu unseren Gunsten, da die Gemeinde keinen Beitrag daran leisten müsse – ausser der Strassenbeleuchtung und den Wasserleitungen.

Projekt Im Hofacker

Gemeinderätin Sonja Seeholzer informiert über die Neuerschliessung des Projekts.

Eingang Petition Lärm Spielplatz

Gemeinderätin Sonja Seeholzer informiert über den Eingang einer Petition betreffend Lärmklage des Spielplatzes. Die zahlreichenden unterzeichneten Petitionsteilnehmer stellen die Bitte, die Lärmsituation im Projekt Aussengestaltung zu berücksichtigen.

Sammelplatz Schulhaus Grossbühl

Vizepräsident Roland Matthes informiert über den neuen Sammelplatz bei Grossalarn. Ein entsprechender Flyer sei den Einwohnern verteilt worden.

Traktandum 7

Verschiedenes

Rudolfus Burkard erkundigt sich, warum die Gebühr des 2. Hundes teurer sei. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* kann keine konkrete Antwort geben, da der Ursprung unbekannt sei. Wahrscheinlich sei dies nach kantonaler Vorgabe so.

Wilhelm Schaad spricht den Lärm rund um das Schulhaus und des Hartplatzes an. Eine Gruppe von elsässischen Jugendlichen treibt sich herum und verursacht ihren Motorrädern zusätzlich Lärm. Dies sei nicht zu akzeptieren. *Gemeindepräsidentin Karin Kälin* ermutigt bei Vorkommnissen die Kantonspolizei zu kontaktieren.

Dominik Sigrist kann den Lärm des Hartplatzes bestätigen. Warum sich die elsässische Jugend in Rodersdorf aufhalten müssen, sei für ihn nicht klar. Dies könne doch nicht sein.

Mit dem Dank für die Teilnahme und besten Wünsche für die Festtage schliesst die Vorsitzende die Sitzung um 22.35 Uhr

Fürs Protokoll:

NAMENS DES GEMEINDERATES

Die Gemeindepräsidentin



Dr. Karin Kälin Neuner-Jehle

Der Gemeindeschreiber ad interim



Adrian Stocker

Genehmigt an der Gemeinderatssitzung vom 19.12.2019 Geschäfts-Nr. 256.